Ä1 Israel und Palästina

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (BAG Frieden, Del. RLP)

Änderungsantrag zu A17

Von Zeile 11 bis 18:
Palästinenser*innen ermöglicht, in nationaler Selbstbestimmung, Freiheit, Sicherheit und Demokratie in ihrer Heimat zu leben ~~– sei es~~ in einer Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 ~~oder einer anderen einvernehmlich erzielten Übereinkunft~~. Die völkerrechtswidrige Besatzung, die fortschreitende de facto Annexion – unter anderem der illegale Siedlungsbau - und die damit einhergehende Verweigerung grundlegender Menschenrechte der Palästinenser*innen müssen beendet und rückgängig gemacht werden. Einseitige Maßnahmen wie eine Annexion von besetzten Gebieten, politisch
motivierte Morde oder der fortschreitende völkerrechtswidrige Siedlungsbau
laufen dem Ziel einer friedlichen und politischen Lösung des Konflikts entgegen. Wir werden uns für einen Demokratisierungsprozess sowie den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in den

Begründung

1. Streichung "oder andere Übereinkunft": m.W. ist die Unterstützung der Zwei-Staaten-Regelung grüne Beschluss-Lage (nach langen Diskussionen). Diese kann nicht per Federstrich in einem Wahlprogramm geändert werden.

2. der Rest ist selbsterklärend, die Kritik aus der Ursprungsformulierung ist wesentlich und sollte erhalten bleiben, die Ergänzung "politisch motivierte Morde" wurde bereits auf den Ursprungstext gestellt und gilt auch hier.